

Erläuterungen zur Verordnung des SBFI über die Durchführung der Qualifikationsverfahren der beruflichen Grundbildung 2021 im Zusammenhang mit dem Coronavirus (COVID-19-Verordnung Qualifikationsverfahren berufliche Grundbildung 2021)

Der Bundesrat hat am 28. Februar 2020 Massnahmen in einer besonderen Lage nach Art. 6 Abs. 2 Bst. b Epidemiengesetz (EpG; SR 818.101) angeordnet (Verordnung vom 28. Februar 2020 über Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus [COVID-19]; SR 818.101.24). Diese Verordnung wurde am 13. März 2020 durch die COVID-19-Verordnung 2 ersetzt.

Mit Verordnung vom 16. April 2020 über die Durchführung der Qualifikationsverfahren der beruflichen Grundbildung 2020 im Zusammenhang mit dem Coronavirus (COVID-19-Verordnung Qualifikationsverfahren berufliche Grundbildung) wurden die rechtlichen Voraussetzungen für eine Regelung zur Sicherstellung der Durchführung der Qualifikationsverfahren der beruflichen Grundbildung 2020 geschaffen. Hintergrund dieser Regelungen war, dass aufgrund der damaligen Lage und der gestützt darauf zwingend einzuhaltenden Schutzmassnahmen eine ordentliche Durchführung der Qualifikationsverfahren der beruflichen Grundbildung QV 2020 oder eine Verschiebung mehrheitlich nicht möglich war. Sie erfolgte in Abweichung von den Prüfungsbestimmungen des geltenden Rechts. Der Verordnungserlass verlieh den erworbenen Abschlüssen die notwendige schweizweite Akzeptanz und verhinderte, dass die Direktbetroffenen in ihren Rechten unverhältnismässig beeinträchtigt wurden. Der Erlass schuf zudem die notwendige Rechtssicherheit für alle betroffenen Akteure. Bei den gestützt auf diese Verordnung durchgeführten Qualifikationsverfahren 2020 (QV 2020) handelte es sich um einen ordentlichen Prüfungsversuch.

Der Bundesrat hat im Zuge der Rückkehr von der ausserordentlichen in die besondere Lage mit Beschluss vom 19. Juni 2020 die COVID-19-Verordnung 2 vom 13. März zweigeteilt und die weiterhin geltenden Massnahmen neu strukturiert. Zum einen in die Verordnung über Massnahmen in der besonderen Lage zur Bekämpfung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Verordnung besondere Lage; SR 818.101.26). Zum anderen in die Verordnung 3 über Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus (Covid-19-Verordnung 3; SR 818.101.24).

Die Covid-19-Verordnung besondere Lage regelt die Massnahmen gegenüber Personen, Massnahmen betreffend öffentlich zugängliche Einrichtungen und Betriebe sowie Veranstaltungen, Massnahmen zum Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie die Meldepflicht der Kantone betreffend die Kapazitäten in der Gesundheitsversorgung.

Gemäss Artikel 6d Absatz 1 dieser Verordnung sind Präsenzveranstaltungen in Bildungseinrichtungen grundsätzlich verboten. Vom Verbot ausgenommen sind die obligatorischen Schulen und die Schulen der Sekundarstufe II, einschliesslich der damit verbundenen Prüfungen (Bst. a) sowie Prüfungen im Zusammenhang mit Bildungsgängen, sofern für ihre Durchführung eine Präsenz vor Ort erforderlich ist (Bst. c). Darunter fallen auch Prüfungen die in Zentren für überbetriebliche Kurse stattfinden. An Prüfungen gemäss dieser Bestimmung können in begründeten Fällen mehr als 50 Personen teilnehmen (Abs. 1bis). Gestützt auf diese Bestimmungen ist eine Durchführung der QV 2021 der beruflichen Grundbildung grundsätzlich möglich.

Abschlüsse der beruflichen Grundbildungen sollen auch 2021 erworben werden können. Oberster Ziel ist es, die QV 2021 im Bereich der beruflichen Grundbildungen gemäss geltendem Prüfungsrecht durchzuführen. Sämtliche betroffenen Akteure sind denn auch aufgefordert, alle möglichen und notwendigen organisatorischen Massnahmen für eine entsprechende Umsetzung zu treffen. Auch in Beachtung dieses Ziels besteht die

Möglichkeit, dass es auf Grund der aktuellen Lage und der zwingend einzuhaltenden landesweiten und kantonalen Schutzmassnahmen vielerorts nicht möglich sein kann, die QV 2021 gemäss den geltenden Rechtsgrundlagen durchzuführen. Eine Verschiebung der Prüfungen gilt es erneut unbedingt zu vermeiden. Auf Grund der engen Koppelung der beruflichen Grundbildung an die Berufsmaturität, für welche parallel ebenfalls rechtliche Grundlagen für eine Prüfungsdurchführung in Erarbeitung sind, um eine Verzerrung auf Grund der sehr heterogenen Handhabung des Fernunterrichts innerhalb und zwischen den Kantonen zu vermeiden, um die Chancengleichheit für alle Lernenden bestmöglichst zu garantieren und um wiederum einen schweizweit validen, zuverlässigen und objektiven Prüfungsprozess zu ermöglichen, ist für die Vollzugsorgane die rechtliche Grundlage zu schaffen, nötigenfalls vom geltenden Prüfungsrecht abweichen zu können.

Mit dem Erlass dieser Verordnung wird sichergestellt, dass die Lernenden der beruflichen Grundbildungen auch 2021 zu einem Abschluss gelangen können und ihnen der weiterführende berufliche Weg ermöglicht wird. Damit einhergehend ist die Gleichwertigkeit der Abschlüsse im Vergleich zu vorangehenden und nachfolgenden Jahrgängen. Zudem ist das Verfahren analog demjenigen der Qualifikationsverfahren in der Berufsmaturität. Oberste Priorität kommt der Durchführung des Qualifikationsverfahrens gemäss geltendem Prüfungsrecht (Bildungsverordnung) zu. Dafür erfolgen seitens der Kantone und der Organisationen der Arbeitswelt, wenn immer möglich organisatorische Massnahmen. Abweichungen sind dann möglich, wenn die landesweite oder regionale pandemische Lage die ordentliche Durchführung der Prüfungen 2021 aus Gründen des Gesundheitsschutzes nicht zulässt. Die Abweichungen bestehen im Wesentlichen in der Möglichkeit des Verzichts auf die Abschlussprüfungen oder – in genau benannten Berufen – der klar vorgegebenen Reduktion der Prüfungsdauer. Der Erlass schafft die notwendige Rechtssicherheit für alle betroffenen Akteure. Die Verordnung ermöglicht, den unterschiedlichen Verhältnissen adäquat zu begegnen, verhindert die durch den Fernunterricht oder Lockdowns nicht auszuschliessenden Benachteiligungen und stellt die Chancengerechtigkeit der Lernenden sicher.

Bei den gestützt auf diese Verordnung durchgeführten QV 2021 handelt es sich um einen ordentlichen Prüfungsversuch. Die Verordnung ist bis am 31. Dezember 2021 befristet.

Artikel 1 Gegenstand und Zweck

Die Verordnung regelt die Massnahmen für die Durchführung der Qualifikationsverfahren der beruflichen Grundbildung im Jahre 2021 (QV 2021) angesichts der Pandemie des Coronavirus (Abs. 1). Absatz 2 und 3 legen fest, dass die Prüfungen grundsätzlich gemäss den Bestimmungen der Verordnungen des SBFI über die beruflichen Grundbildungen (Bildungsverordnungen) und der Verordnung des SBFI vom 27. April 2006 über Mindestvorschriften für die Allgemeinbildung in der beruflichen Grundbildung (SR 412.101.241) stattfinden und Bund, Kantone und die Organisationen der Arbeitswelt die Durchführung der Prüfungen unter Einhaltung der Vorgaben betreffend Gesundheitsschutz des Bundes und der kantonalen Behörden sicherstellen. Sofern die landesweite oder regionale pandemische Lage die ordentliche Durchführung der Prüfungen 2021 aus Gründen des Gesundheitsschutzes nicht zulässt, schafft die Verordnung die Möglichkeit, dass die Kantone die Prüfungen auf eigenen Beschluss in Abweichung von den Bildungsverordnungen des SBFI und der Verordnung des SBFI vom 27. April 2006 über Mindestvorschriften für die Allgemeinbildung in der beruflichen Grundbildung durchführen können. Massgebend für die Abweichungen sind die in der Verordnung genannten Voraussetzungen und gewährten Möglichkeiten (Abs. 4). Die Abweichungen sollen sicherstellen, dass die QV 2021 unter Einhaltung der vom Bund und den Kantonen getroffenen Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus durchgeführt werden können (Abs. 5 Bst. a) und eine Überprüfung der praktischen, fachlichen und allgemeinbildenden

Kompetenzen erlauben, die derjenigen nach den Bildungsverordnungen des SBFI gleichwertig ist (Abs. 5 Bst. b).

Artikel 2 Grundsatz

Artikel 2 verankert die Pflicht, dass die Kantone und die von ihnen beauftragten Berufsfachschulen und zuständigen Organisationen der Arbeitswelt dafür zu sorgen haben, dass die QV 2021 gemäss den Bestimmungen der Bildungsverordnungen des SBFI und der Verordnung des SBFI vom 27. April 2006 über Mindestvorschriften für die Allgemeinbildung in der beruflichen Grundbildung stattfinden und dafür die notwendigen organisatorischen Massnahmen zur Einhaltung der Vorgaben betreffend Gesundheitsschutz treffen (Abs. 1). Ein Abweichen vom geltenden Prüfungsrecht ist nur erlaubt, wenn die Vorgaben betreffend Gesundheitsschutz nicht eingehalten werden können (Abs. 2). Bei ihrem Entscheid, vom geltenden Prüfungsrecht gemäss dieser Verordnung abzuweichen, halten sich die Kantone an die entsprechenden, verbundpartnerschaftlich vereinbarten Prozesse¹. So entscheiden die Kantone bei Abweichungen betreffend die praktischen Arbeiten nach Konsultation der zuständigen nationalen Organisation der Arbeitswelt.

Art. 3 Abweichungen im Qualifikationsbereich Berufskennntnisse

Artikel 3 Artikel verankert die Möglichkeit für die Kantone, in Abweichungen von den Bestimmungen der Bildungsverordnungen im Qualifikationsbereich Berufskennntnisse von der Durchführung einer Abschlussprüfung abzusehen und regelt die Notenberechnung in diesem Fall.

Art. 4 Abweichungen in den schulischen Qualifikationsbereichen der Grundbildungen Büroassistent/in EBA, Buchhändler/in EFZ, Detailhandelsassistent/in EBA, Detailhandelsfachfrau/-mann EFZ, Kauffrau/Kaufmann EFZ und Pharma-Assistent/in EFZ

Artikel 4 verankert die Möglichkeit für die Kantone, in Abweichung von den Bestimmungen dieser Bildungsverordnungen in den schulischen Qualifikationsbereichen der in der Artikelüberschrift genannten Grundbildungen von der Durchführung von Abschlussprüfungen abzusehen und regelt die Notenberechnung in diesem Fall.

Art. 5 Abweichungen im Qualifikationsbereich Allgemeinbildung

Artikel 5 verankert die Möglichkeit für die Kantone, in Abweichung von Artikel 7 Buchstabe a der Verordnung des SBFI vom 27. April 2006 über Mindestvorschriften für die Allgemeinbildung in der beruflichen Grundbildung von der Durchführung einer Schlussprüfung abzusehen. Weiter regelt er die Zusammensetzung dieses Qualifikationsbereichs in diesem Fall (Abs. 2), Abschluss und Bewertung der Vertiefungsarbeit (Abs. 3) und die Notenberechnung (Abs. 4).

Art. 6 Abweichung im Qualifikationsbereich Praktische Arbeit

Artikel 6 verankert die Möglichkeit für die Kantone, in Abweichung von den Bestimmungen der Bildungsverordnungen im Qualifikationsbereich praktische Arbeit von der Durchführung der Abschlussprüfung abzusehen oder diese in den explizit aufgeführten Grundbildungen gemäss den dafür erlassenen Bestimmungen durchzuführen (Abs. 1). Der Abweichungsentscheid bedarf dem Grundsatz von Artikel 2 Absatz 4 folgend der vorgängigen Konsultation der zuständigen nationalen Organisation der Arbeitswelt. Kann die Abschlussprüfung nicht oder nicht in angepasster Form durchgeführt werden, beurteilt grundsätzlich der Lehrbetrieb oder die Ausbildungsinstitution die Leistungen der Lernenden anhand der Erfüllung der Handlungskompetenzen der jeweiligen beruflichen Grundbildung. Ausgenommen von dieser Regelung sind bestimmte Grundbildungen, die in den Artikeln 7 – 10 in separaten Bestimmungen geregelt werden.

¹ taskforce2020.ch > Qualifikationsverfahren

Art. 7 Abweichung der Notenberechnung im Qualifikationsbereich Praktische Arbeit in den Berufen der Elektrobranche

Artikel 7 regelt die Notenberechnung in diesem Qualifikationsbereich in spezifischen Grundbildungen (Elektroinstallateur/in EFZ, Montage-Elektriker/in EFZ, Elektroplaner/in EFZ und Telematiker/in EFZ), sofern der Kanton von der Möglichkeit gemäss Artikel 6 Gebrauch macht. Sie wird aus dem Mittel der Summe der Noten der bewerteten überbetrieblichen Kurse ermittelt und auf eine halbe oder ganze Note gerundet.

Art. 8 Abweichung der Notenberechnung im Qualifikationsbereich Berufspraxis für Kauffrau/mann EFZ

Artikel 8 regelt die Notenberechnung und –rundung des Qualifikationsbereichs Berufspraxis (betrieblicher Teil) in der beruflichen Grundbildung Kauffrau/-mann EFZ, wenn von der Durchführung der Abschlussprüfung abgesehen wird. In diesem Fall wird die Erfahrungsnote des betrieblichen Teils übernommen. Die Note wird auf eine halbe oder ganze Note gerundet.

Art. 9 Abweichung der Berechnung des Prädikats im Qualifikationsbereich berufliche Praxis für Büroassistent/in EBA

Artikel 9 regelt die Berechnung des Prädikats des Qualifikationsbereichs berufliche Praxis in der beruflichen Grundbildung Büroassistent/in EBA, wenn von der Durchführung der Abschlussprüfung abgesehen wird. In diesem Fall ergibt sie das Prädikat aus der Summe der erreichten Punkte für die Kompetenznachweise im Lehrbetrieb und den überbetrieblichen Kursen.

Art. 10 Abweichung der Notenberechnung im Qualifikationsbereich Praktische Arbeiten für Detailhandelsfachfrau/mann EFZ und Detailhandelsassistent/in EBA

Artikel 10 regelt die Notenberechnung des Qualifikationsbereichs praktische Arbeiten in den beruflichen Grundbildungen Detailhandelsfachfrau/mann EFZ und Detailhandelsassistent/in EBA, wenn von der Durchführung der Abschlussprüfung abgesehen wird. In diesem Fall ergibt sie sich aus der Noten für die Bildung in beruflicher Praxis, allgemeiner Branchenkunde und den überbetrieblichen Kursen. Die Note wird auf eine Dezimalstelle gerundet.

Art. 11 Abweichung im Qualifikationsbereich Praktische Arbeit in bestimmten Berufen

Lässt die pandemische Lage die ordentliche Durchführung der Prüfung in diesem Qualifikationsbereich nicht zu, besteht die Möglichkeit, sie in Abweichung von den Bestimmungen der Bildungsverordnungen der in Artikel 11 aufgeführten Grundbildungen trotzdem, aber in angepasster Form durchzuführen. Die Abweichungen bestehen im Wesentlichen in einer Verkürzung der Prüfungsdauer. Die in Artikel 11 vorgegebenen Abweichungen wurden in einem Prozess² bestimmt, der von einer verbundpartnerschaftlich zusammengesetzten, von der Task Force «Perspektive Berufslehre» eingesetzten, Arbeitsgruppe eingeleitet wurde: Auf Antrag der zuständigen Organisationen der Arbeitswelt wurde sie von Experten der Kommission Qualifikationsverfahren der SBBK (KQV) geprüft. Der Antrag wurde mit Einverständnis der KQV an die Task Force weitergeleitet. Die von der Task Force «Perspektive Berufslehre» eingesetzte Arbeitsgruppe hat den Antrag geprüft, nötigenfalls mit der Trägerschaft, der KQV und dem SBFI geklärt und in der Folge als Rückfallposition gutgeheissen. Dieser Prozess stellt sicher, dass die Abweichungen auch in

² taskforce2020.ch > Qualifikationsverfahren

dieser angepassten Form eine adäquate Überprüfung der erforderlichen Kompetenzen zulassen. Falls die epidemiologische Lage die Durchführung der Prüfung nicht zulässt, kann die Rückfallposition gemäss verbundpartnerschaftlich vereinbartem Prozess³ aktiviert werden. Kann die Prüfung aufgrund der pandemischen Lage auch in angepasster Form nicht durchgeführt werden, steht den Kantonen auch hier die Möglichkeit gemäss Artikel 6 offen.

Art. 12 Abweichungen im Qualifikationsbereich Teilprüfung

Artikel 12 regelt die möglichen zeitlichen Abweichungen im Qualifikationsbereich Teilprüfung der Grundbildungen Baumaschinenmechaniker/in EFZ, Landmaschinenmechaniker/in EFZ und Motorgerätemechaniker/in EFZ.

Art. 13 Noten aus bereits absolvierten Qualifikationsbereichen oder vorgezogenen Prüfungen

Artikel 13 legt fest, dass die Noten bereits absolvierter Qualifikationsbereiche bestehen bleiben. Dies gilt auch im Fall, wenn der Kanton nach der Absolvierung dieser Qualifikationsbereiche auf die Durchführung von Prüfungen verzichtet. Auch die Noten aus bereits absolvierten vorgezogenen Positionen in einem Qualifikationsbereich bleiben mit der entsprechenden Gewichtung ebenfalls bestehen. Nicht vorgezogenen und nicht absolvierten Positionen werden ersetzt durch die Note gemäss den Regelungen in Artikel 3 – 10.

Art. 14 Spezialvoraussetzungen für die Zulassung zu den Abschlussprüfungen

Artikel 14 verankert, dass Lernende in Abweichung von den Bestimmungen der spezifischen Bildungsverordnungen auch ohne Nachweis der erforderlichen Spezialvoraussetzungen zu den QV 2021 zugelassen werden. In diesem Fall wird das Prüfungsergebnis mitgeteilt, bei erfolgreichem Abschluss das EFZ/EBA indessen erst abgeben, sobald der Nachweis der erforderlichen Zusatzqualifikation/Spezialvoraussetzung erbracht wurde.

Art. 15 Bestehen, Notenberechnung und Notengewichtung

Für das Bestehen gelten grundsätzlich die Bestehensnormen, Notenberechnung und Notengewichtungen gemäss den Bildungsverordnungen. Soweit die Prüfungen in Abweichung von den Bestimmungen der Bildungsverordnungen durchgeführt und die Noten nicht gemäss den Bestimmungen der Bildungsverordnungen berechnet werden können, gelten die Notenberechnungen gemäss dieser Verordnung.

Wird im Qualifikationsbereich Berufskennntnisse von der Durchführung einer Abschlussprüfung abgesehen und anstelle der Prüfungsnote das gerundete Mittel aus der Summe der erzielten Semesterzeugnisnoten verwendet, so bleibt die Erfahrungsnote als Notenbereich zur Berechnung der Gesamtnote erhalten.

Art. 16 Durchführung des QV 2021 bei Zulassung ausserhalb eines geregelten Bildungsganges (Art. 32 BBV)

Personen, die gestützt auf Artikel 32 der Verordnung vom 19. November 2003 über die Berufsbildung (BBV; SR 412.101) zum QV zugelassen werden, verfügen zwangsläufig über keine Erfahrungsnoten. Wird auf Entscheid eines Kantons in den schulischen Qualifikationsbereichen keine Prüfung und im Qualifikationsbereich Praktische Arbeit weder eine Prüfung gemäss Bildungsverordnung noch eine Prüfung in angepasster Form gemäss dieser Verordnung durchgeführt, verankert Artikel 16 die Pflicht der Kantone dafür zu sorgen,

³ taskforce2020.ch > Qualifikationsverfahren

dass diese Kandidierenden bis spätestens Ende August 2021 die Prüfungen in diesen Qualifikationsbereichen gemäss den Bestimmungen der jeweiligen Bildungsverordnung absolvieren können.

Art. 17 Wiederholungsprüfungen 2021

Artikel 17 regelt die Durchführungen der Wiederholungsprüfungen früherer Qualifikationsverfahren. Grundsätzlich gelten für die Repetierenden die Bestimmungen, wie sie von den Kantonen für die Durchführung der QV 2021 beschlossen werden. Werden auf Entscheid eines Kantons im QV 2021 keine schriftlichen Abschlussprüfungen durchgeführt und wird die Abschlussprüfung ohne erneuten Besuch des Unterrichts in den Berufskenntnissen wiederholt, sorgen die Kantone dafür, dass Repetierende im QV 2021 bis spätestens Ende August 2021 eine schriftliche Abschlussprüfung absolvieren können (Abs. 2). Wird für die Wiederholungsprüfung der Unterricht während mindestens zwei Semestern wiederholt, so zählen für die Berechnung der Erfahrungsnote nur die neuen Noten. Werden auf Entscheid eines Kantons im QV 2021 keine schriftlichen Abschlussprüfungen durchgeführt, haben Repetierende mit einer neuen Erfahrungsnote ebenfalls keine schriftliche Schlussprüfung zu absolvieren (Abs. 3). Wird auf Entscheid eines Kantons im QV 2021 im Qualifikationsbereich Praktische Arbeit weder eine Prüfung gemäss Bildungsverordnung noch eine Prüfung in angepasster Form gemäss dieser Verordnung durchgeführt, sorgen die Kantone dafür, dass Repetierende, die für die Wiederholungsprüfung das Ausbildungsjahr nicht wiederholt haben, bis spätestens Ende August 2021 die Abschlussprüfung in diesem Qualifikationsbereich gemäss den Bestimmungen der jeweiligen Bildungsverordnung absolvieren können (Abs. 4). Repetierende, die das Ausbildungsjahr für die Wiederholung der Abschlussprüfung wiederholen, unterliegen der Beurteilung durch den Betrieb gemäss Artikel 6.

Art. 18 Inkrafttreten und Geltungsdauer

Diese Verordnung tritt am 1. April 2021 in Kraft. Sie gilt bis zum 31. Dezember 2021.